

Wirtschaftskorrespondenz FÜR POLEN

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Złoty, im Ausland 2,00 Reichsmark monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend.
Redaktion, Verlag und Administr.: Katowice, M. Piłsudskiego 27
Telefon 168, 1998.

Organ der
„Wirtschaftlichen Vereinigung
für Polnisch-Schlesien“

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Anzeigenpreise nach bestem Tarif. Bei jeder Beirteilung und bei Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort.
Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien.
Bankverbindung: Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen
P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. VII

Katowice, am 22. März 1930

Nr. 12

Die zollgesetzlichen Bestimmungen des Handelsvertrages

von Dr. A. Gawlik.

(Nachdruck verboten).

Nachdem in einer Reihe von Artikeln die wirtschaftlichen Auswirkungen des nunmehr unterzeichneten Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen behandelt wurden, erscheint es angebracht, die Vertragsbestimmungen einer näheren Untersuchung bezüglich ihrer Auswirkung, auf die bisher zwischen Deutschland und Polen gültigen zollgesetzlichen Bestimmungen, zu unterziehen.

Mit Inkrafttreten des Vertrages entfallen selbstverständlich alle Kampfmassnahmen, die die Entwicklung der Handelsumsätze zwischen Polen und Deutschland in starkem Masse behinderten. Dies geht schon daraus hervor, dass man sich gegenseitig die Meistbegünstigungsklausel gewährt hat, die irgend eine unterschiedliche Behandlung des Vertragskontrahenten im Vergleich zu anderen Staaten vollends ausschliesst. Um irgend welche Irrtümer zu vermeiden, und im vor hinein restlose Klarheit zu schaffen, haben die beiden Parteien es für angebracht gehalten, im Schlussprotokoll diejenigen Kampfmassnahmen die mit Inkrafttreten des Vertrages ihre Geltungskraft verlieren, einzeln aufzuführen. Nicht zuletzt ist dies auch mit Rücksicht auf die unbedingte Notwendigkeit erfolgt alle interessierten Kreise erschöpfend zu unterrichten und damit allen etwa entstehenden Zweifeln vorzubeugen. Diese Zusammenstellung ist allerdings nicht ganz erschöpfend, falls es sich erweisen sollte, dass irgend welche konkreten Anordnungen, die möglicherweise gar nicht einmal veröffentlicht worden sind, mit der Meistbegünstigungsklausel im Widerspruch stehen, so müsste auch diese Anordnung fallen.

Eine Zusammenstellung der Kampfmassnahmen ergibt, dass diese folgende Verordnungen betreffen. Auf deutscher Seite entfallen diejenigen Anordnungen, die sich stützen auf:

- a) Die Verordnung über die Abänderung der Zölle für Boden- und Industrieerzeugnisse, die aus Polen stammen, vom 2. Juli 1925 (Reichsanzeiger Nr. 153, v. 3. Juli 1925).
- b) Die Verordnung über die Einfuhr von Waren polnischen Ursprungs vom 1. Juli 1925 (Reichsanzeiger 153, v. 3. Juli 1925);
- c) Verordnung über die Abänderung der unter b) erwähnten Verordnung, vom 8. Juli 1925 (Reichsanzeiger Nr. 157, v. 8. Juli 1925);
- d) Verordnung über Abänderungen der Zölle für Boden- und Industrieerzeugnisse polnischen Ursprungs, vom 31. August 1925 (Reichsollblatt Nr. 29, v. 31. August 1925);
- e) dem § 2 sowie die Anlage zur Verordnung über die Einfuhr von Waren, vom 12. Dezember 1925 (Reichsanzeiger 295, v. 17. Dezember 1925), im Wortlaut der Verordnung über die Einfuhr von Waren, vom 24. Dezember 1925 (Reichsanzeiger Nr. 302, v. 28. Dezember 1925).

Auf polnischer Seite verlieren ihre Geltungskraft die mit folgenden Verordnungen im Zusammenhang stehenden Anordnungen:

- a) Verordnung vom 17. Juni 1925 über das Einfuhrverbot einzelner Waren (Dz. U. R. P. Nr. 61, Pos. 430), sowie sofern sie in Kraft ist auf Grund der Verordnung vom 10. II. 28., (Dz. U. R. P. Nr. 15, Pos. 113);
- b) Verordnung vom 11. Juli 1925 über das Einfuhrverbot einzelner Waren (Dz. U. R. P. Nr. 69, Pos. 486), sowie ferner soweit sie in Kraft bleibt durch die Verordnung vom 10. II. 1928, (Dz. U. R. P. Nr. 15, Pos. 113);
- c) Bekanntmachung vom 10. März 1926 über das Verbot des Transportes von einfuhrverbotenen Waren über deutsche Häfen, sowie auf deutschen Eisenbahnen (Monitor Polski 56).

In diesem Zusammenhang erscheint es angebracht die Gesamtlage rückblickend zu betrachten. Dabei stellt sich diese von polnischer Seite aus gesehen, wie folgt dar:

Bekanntlich war Mitte 1925 zwischen Deutschland und Polen infolge Scheiterns der Einigungsverhandlungen, die sich mit der Festlegung normaler Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen befassten, der Zollkrieg unseliger Angedenkens zwischen beiden Ländern ausgebrochen; auf Grund dessen wurden seitens Polens eine Reihe von Einfuhrverboten erlassen, die in 4 Listen festgelegt wurden und zwar:

1. Liste I. Durch Verordnung des Ministerrats vom 19. August 1924, Dz. U. R. P. Nr. 81, Pos. 783. Diese Liste war seit dem 31. Juli 1924 bis auf Widerruf gültig.
2. Liste II. Durch Verordnung des Ministerrats vom 17. Juni 1925, Dz. U. R. P. Nr. 61, Pos. 430. Diese Liste war seit dem 27. Juni 1925 bis auf Widerruf gültig.
3. Liste III. Durch Verordnung des Ministerrats vom 11. Juli 1925, Dz. U. R. P. Nr. 69, Pos. 486. Diese Liste war seit dem 17. Juli 1925 bis auf Widerruf gültig.
4. Liste IV. Durch Verordnung des Ministerrats vom 23. September 1925. Diese Liste war seit dem 15. Oktober 1925 bis auf Widerruf gültig.

Sämtliche hier angeführten Listen bezogen sich auf die Einfuhr der in diesen Listen angegebenen Waren aus sämtlichen Ländern, d. h. die in den Listen enthaltenen Waren konnten nur auf Grund von Einfuhrgenehmigungen des Handelsministeriums eingeführt werden. Die Einfuhrgenehmigungen selbst wurden nur insoweit erteilt, als für die einzelnen Länder Kontingente vorhanden waren. Diese Kontingente wurden in den mit den einzelnen Ländern abgeschlossenen Handelsverträgen festgelegt und konnten jeweils eine Erhöhung oder Verminderung erfahren. Schon daraus ist ersichtlich, dass diese Massnahmen nicht etwa nur zum Schutze der nationalen Wirtschaft allein getroffen wurden, sondern in erster Linie als Kampfmassnahmen gegenüber Deutschland gedacht waren. Denn da Deutschland mit Polen keinen Handelsvertrag besass, gab es für deutsche Waren keine Kontingente, sodass also Einfuhrgenehmigungen nicht gewährt werden konnten.

„Die Zollkriegsschuldfrage“ zu lösen, ist hier nicht der Ort, wobei wir gleichzeitig betonen möchten, dass es wohl kaum möglich sein wird, die eine oder andere Partei damit zu belasten, da bei Entstehung des Zollkrieges Momente mitgespielt haben, die eine restlose Klärung der Schuldfrage zumindest verhindern, wenn nicht gar unmöglich machen.

Da von Seiten der Vertragsstaaten Polens in immer stärkerem Masse gegen dieses merkantilistische Grundsätze huldrende Reglementierungssystem angekämpft wurde, die infolge des Krieges in falsche Bahnen geleitete Weltwirtschaft allmählich zu normalen Verhältnissen zurückkehrte und im Zusammenhang damit, die von jeglichem Weltwirtschaftsverkehr bisher abgeschnürten Märkte wieder in Verwirklichung des Grundsatzes „laissez faire laissez passer“ geöffnet wurden, sah sich Polen gezwungen, die bisher eingehaltene Richtung in der Handelspolitik zu ändern. Auf Grund dessen erschien am 10. II. 1928 eine Verordnung, die eine unterschiedliche Behandlung der Vertragsstaaten Polens einerseits und Deutschlands andererseits fixierte. Dies geschah dergestalt, dass eine besondere Liste von einfuhrverbotenen Waren aufgestellt wurde, die für alle Länder verbindlich war. Dafür verloren die oben erwähnten Listen I. u. IV. ihre Geltungskraft. Die weiterhin gültigen Listen II. u. III. dagegen, fanden nur bei solchen Waren Anwendung, die aus Deutschland stammten oder herkamen.

Hierbei sei noch kurz der Umstand erwähnt, dass Deutschland auf Grund des im Dezember 1928 abgeschlossenen Holzabkommens für bestimmte Waren (Holzleisten, Porzellanerzeugnisse, Glasröhren, Uhrenteile und Uhren, Personenkraftwagen und Fahrräder u. a.) Kontingente zuerkannt wurden, auf Grund deren

es möglich war, mit Hilfe von Einfuhrgenehmigungen die genannten Waren aus Deutschland einzuführen.

Mit Abschluss des Handelsvertrages kommen, wie wir ersehen die den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Polen hemmenden Einfuhrbestimmungen in Fortfall. Deutschland wird nunmehr allen anderen Ländern gleichgestellt, d. h. Deutschland gegenüber gilt nur die durch Verordnung vom 10. II. 1928 festgelegte Liste einfuhrverbotener Waren die in der Hauptsache Luxusartikel umfasst. Für diese Waren sind Deutschland auf Grund des Handelsvertrages nunmehr Kontingente zuerkannt worden, sodass es also möglich ist, auf Grund von Einfuhrgenehmigungen des Handelsministeriums die durch Vermittlung der Wirtschaftsorganisationen beantragt werden müssen, deutsche Waren in das polnische Zollgebiet einzuführen.

Ein Hauptbestandteil des nunmehr unterzeichneten Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen ist die darin enthaltene Meistbegünstigungsklausel. Diese Bestimmung ist von besonderer Bedeutung u. a. bei der Einfuhr von Maschinen und Apparate. Durch Verordnung vom 30. Dezember 1929 Dz. U. R. P. Nr. 90 wurde nämlich die auf Grund des Gesetzes vom 4. März 1926 erlassene Verordnung über Erleichterungen für Maschinen und Apparate bis zum 30. Juni 1930 einschliesslich verlängert. Da nach kann bei der Einfuhr von Maschinen und Apparaten eine Zollermässigung von 75 Proz. Anwendung finden. Vorbedingung hierfür ist jedoch, dass die eingeführten Maschinen und Apparate im Inland nicht hergestellt werden und einen Bestandteil neuinstallierter kompletter Einrichtungen von Abteilungen der Industrieanstalten bilden, oder zur Herabsetzung der Produktionskosten bzw. zur Erhöhung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion dienen. Diese Verordnung fand in letzter Zeit nur bei der Einfuhr von Maschinen und Apparaten aus Vertragsstaaten Anwendung. Da jedoch die Einfuhr von Maschinen und Apparaten aus Deutschland einen beträchtlichen Faktor der polnischen Einfuhr darstellt, bedeutet die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel auf diese Verordnung für die inländische Industrie einen nicht zu unterschätzenden Gewinn. Zwar behält Polen das Recht, diese Ermässigungen weiterhin aufrecht zu erhalten, oder gänzlich oder teilweise aufzuheben, ihre Höhe zu bestimmen, sowie diejenigen Fälle festzulegen, auf die die Ermässigung Anwendung finden sollen usw. Es ist jedoch nunmehr ausgeschlossen, die Ermässigung mit Rücksicht darauf zu versagen, dass die Maschinen und Apparate aus Deutschland stammen und nicht aus irgend einem anderen Staate.

Wir haben bereits oben darauf hingewiesen, dass in den Genuss der Zollermässigungen nur solche Maschinen und Apparate kommen können, die im Inland nicht hergestellt werden können. Um nun den Wirtschaftskreisen weiterer Staaten die Orientierung darüber zu erleichtern, welche Maschinen im Inland nicht hergestellt werden, ist von den polnischen und deutschen Industrieverbänden eine besondere Liste solcher Maschinen ausgearbeitet worden. Die Liste ist bei den Regierungen zur Annahme unterbreitet worden. Ohne irgend welche weiteren Untersuchungen werden die in dieser Liste aufgeführten Maschinen als im Inlande nicht hergestellt, angesehen werden, wobei sich die polnische Regierung nur das Recht vorbehalten hat, diese Liste nach Ablauf von 18 Monaten seit Inkrafttreten des Handelsvertrages zwischen Polen und Deutschland abzuändern. Die Abänderung erfolgt auf Grund einer einseitigen Erklärung der polnischen Regierung.

Die Meistbegünstigungsklausel ist die einzige Bestimmung des Vertrages, die die im gegenseitigen Warenverkehr angewandten Zölle betrifft. Daraus erhellt, dass im polnisch-deutschen Warenaustausch die niedrigsten Zölle Anwendung finden werden, die gegenüber dritten Staaten gelten selbstverständlich nur so lange,

Die Auswirkungen des polnisch-deutschen Handelsvertrages

II. Die Kontingente. — Der Export der Landwirtschaft. — Die verarbeitende Industrie.

Von Dr. M. Meister.

Neben der Frage des polnischen Kohlenexportes nach Deutschland stand im Mittelpunkt der Erörterungen, besonders in der letzten Periode der Verhandlungen, die polnische Forderung auf Zulassung eines gewissen Einfuhrkontingentes von Schweinen nach Deutschland. Die Einigung erfolgte schliesslich auf ein Kontingent von 200 000 Stück monatlich für das erste Vertragsjahr und — Nichtkündigung des Vertrages vorausgesetzt — für das halbe zweite Jahr. Nach Ablauf von 18 Monaten erhöht sich die Menge auf 275 000 Stück, zwölf Monate später auf 350 000 Stück monatlich. Ursprünglich sollte das Kontingent in den gleichen Mengen von Doppelzentnern angesetzt werden, doch hat man wegen der leichteren Berechnungsweise die Bemessung in Stück vorgezogen. Dabei wurde von beiden Vertragspartnern angenommen, dass das Gewicht eines Exportschweines 1 Dztr. in der Regel nicht erreichen wird, weil nur Magerschweine exportiert werden, zumal Fettschweine für die Verarbeitung zu Konserven oder Fleischwaren überhaupt nicht geeignet sind. Der deutsche Schweinebestand beträgt etwa 20 Millionen Stück und der Jahreskonsum etwa ebensoviel. Das Kontingent der ersten 1½ Jahre beträgt also nur 1% des deutschen Schweinekonsums, das nach 2½ Jahren zu erreichende Kontingent 1,75%.

Die polnischen Schweine kommen nach Deutschland entweder in geschlachtetem Zustand und dürfen dann nur nach bestimmten Konserven- und Fleischwarenfabriken gelangen, in denen sie verarbeitet werden, um der Verproviantierung der Reichswehr und der Kantinen grosser Unternehmungen zu dienen. Nehmen die Fabriken nicht das volle Kontingent, so darf der Rest in lebendem Zustande auf dem Seewege nach den sog. Seegrenzschlachthöfen, z. B. in Stettin, eingeführt werden. Von dort gelangt nach erfolgter Schlachtung das Fleisch nicht auf die Grossfleischmärkte, sondern nur auf bestimmte Einzelmärkte. In beiden Fällen wird eine Ausfuhr nach den am meisten gefährdeten landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands vermieden, denn weder Ostpreussen noch Deutsch-Oberschlesien besitzen Fleischwarenfabriken, die einen Anteil am polnischen Kontingent erhalten sollen. Ebenso wenig können die nach den Seegrenzschlachthöfen exportierten Schweine in irgend einer Weise auf den Markt dieser beiden Provinzen gelangen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat im Einverständnis mit der deutschen Regierung in Briefform eine Garantie für die volle Abnahme des Schweinekontingentes erteilt. Der Garantbrief enthält auch eine auf der Verständigung der beiderseitigen Interessenten beruhende Vereinbarung über die Preise, zu denen die Abnahme der Schweine erfolgen soll.

Sodann erhält Polen noch das unbeschränkte Recht der Einfuhr geschlachteter Schweine nach den Freihandelszonen in den deutschen Häfen zur Verproviantierung von Schiffen. Ohne jedes Kontingent freigegeben wird die Einfuhr nach Deutschland von Pferden, Geflügel, lebend und geschlachtet, Milch, Butter, Eiern, Fischen, Krebsen, Borsten, Tierhaaren, Federn und Daunen, Leder, Hörnern, sowie von eingepöktem Schweinefleisch. Das Schweinekontingent und die Vereinfachung der veterinären Bestimmungen bedeuten für die polnische Landwirtschaft eine bedeutende finanzielle Stärkung.

Ueber die veterinären Fragen wurde ein besonderes Protokoll abgefasst, dass sowohl die Schweineeinfuhr, als auch die Einfuhr anderer Tiere, sowie von Fleisch, umfasst und die Einfuhr- und Durchfuhrbedingungen auf tierärztlichem Gebiete enthält.

Hingegen bleibt die Einfuhr und Durchfuhr von Rindern, sowie von Rindfleisch nach Deutschland vollständig verboten.

Auch sämtliche Agrarzölle Deutschlands bleiben Polen, wie allen anderen Ländern gegenüber, voll in Geltung.

Durch den Handelsvertrag fallen naturgemäss alle Ein- und Ausfuhrverbote, die den Charakter von Kampfmassnahmen tragen. Es bleiben grundsätzlich bestehen diejenigen beiderseitigen Verbote, die allgemein, ohne Beschränkung auf den Zollkriegsgegner, erlassen wurden, weil wichtige Interessen einzelnen Wirtschaftszweige auf dem Spiel standen. Polen hatte in einer früheren Phase der Verhandlungen die Einführung des restlosen Freihandels zwischen beiden Ländern vorgeschlagen und als Gegenleistung für die Zulassung der polnischen Viehzuchtprodukte die Aufhebung sämtlicher polnischer Einfuhrverbote in Aussicht gestellt. Doch konnte man in Deutschland mit Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage des deutschen Ostens auf diesen Vorschlag nicht eingehen. Es bleibt also grundsätzlich bei den Ein- und Ausfuhrverboten, deren Wirkung nur durch Kontingente gemildert wurde. Ausser dem Kohlen- und dem Schweinekontingent werden von deutscher Seite noch ein Einfuhrkontingent von jährlich 1000 Tonnen Menige (minium) und Bleiglätte (Nebenprodukte der Bleiindustrie) bewilligt. Schon im vorigen Aufsatz erwähnt wurde das deutsche Ausfuhrkontingent für Aaleisen in Höhe von 165 000 t jährlich. Dazu kommt noch ein Ausfuhrkontingent von 10 000 t Gasteer jährlich nach Polen.

Folgende Tabelle zeigt die wertmässige Entwicklung der wichtigsten Posten der deutschen Ausfuhr nach Polen in den letzten beiden Jahren (in Millionen Zloty):

	1929	1928
Insgesamt	850,4	903,1
Maschinen und Apparate	156,3	163,5
Textilmaterial und Erzeugnisse	89,4	80,9
Metalle und Metallwaren	86,3	67,3
Organische Chemikalien	62,6	49,0
Mineralien und Erze	61,9	55,3
Lebensmittel	51,3	130,0
Elektrotechnisches Material	48,8	51,8
Anorganische Chemikalien	47,2	37,8
Tierische Produkte	40,1	55,8
Papier und Papierwaren	34,8	44,9
Fahrzeuge	27,8	33,8
Baumaterial und Keramik	24,8	23,7
Instrumente und Schulartikel	23,6	18,5
Bücher, Zeitschriften und Bilder	15,7	13,0
Farben, Farbstoffe und Lacke	13,1	18,2

An der Spitze der Einfuhr aus Deutschland stehen Maschinen und Apparate, die unter gleichen Einfuhr- und Zollverhältnissen in den meisten Untergruppen angesichts der günstigen Frachtlage ohne Konkurrenz sind. Im einzelnen sei nur auf Druckereimaschinen und Maschinen für die Papierindustrie hingewiesen. Sodann ist es bemerkenswert, dass an die zweite Stelle die Textileinfuhr anstelle des Lebensmittelimportes gerückt ist. Gerade die Einfuhr von Rohmaterialien und Halbfabrikaten der Textilindustrie, wie Wolle und Baumwolle roh, gekrempelt und gekämmt, Woll- und Baumwollgarn, Seidengarn, aber auch die Einfuhr von fertigen Geweben, namentlich Seidengeweben, kann auf weitere Ausbreitung rechnen. Ähnlich liegt der Fall bei verschiedenen chemischen Fertigwaren, besonders pharmazeutischen

Spezialitäten, manchen Farben, Firnissen und Lacken, in vielen elektrotechnischen Erzeugnissen, auch in Oelen und Fetten, Gummiwaren u. a.

Die wichtigsten Posten der polnischen Ausfuhr nach Deutschland waren in den beiden letzten Jahren folgende (in Mill. Zl.):

	1929	1928
Insgesamt	877,1	858,7
Lebensmittel	291,9	257,3
Holz- und Holzzeugnisse	255,7	345,5
Metalle und Metallwaren	121,8	106,2
Textilstoffe und -erzeugnisse	42,9	26,0
Pflanzen und Samereien	35,8	25,6
Tierische Produkte	28,6	26,3
Lebende Tiere	25,8	19,8
Brennstoffe, Naphtaprodukte	15,9	15,1

Auch Polen ist noch in der Lage, seinen Export nach Deutschland zu steigern und zwar durch bessere Organisation, Standardisierung der Exportware, namentlich was Boden- und Viehzuchtprodukte anbetrifft, und Ausbau der Exportfinanzierung. Auf all diesen Gebieten sind gerade 1929 verheissungsvolle Ansätze gemacht worden. Die Bacon-, Eier- und Butterausfuhr wurden strengen Standardisierungsvorschriften unterworfen, die z. T. schon deutlich sichtbare Erfolge zeigten. Das Staatliche Exportinstitut bemüht sich um die Schaffung weiterer Exportsyndikate für Produkte aller Art, bei denen die vorhandenen Ausfuhrmöglichkeiten infolge des Fehlens jeder Organisation nicht ausgenutzt werden. Kürzlich wurde ein Exportversicherungsfonds von 60 Mill. Zl. gebildet. Das System der Exportprämien, die Ermässigung oder Aufhebung der Umsatzsteuer beim Export, die erleichterten Exporttarife, das sind alles bekannte und bewährte Exportförderungsmittel, die nach ausländischem Vorbild schon seit Jahren angewandt werden. All diese Massnahmen müssen durch ihr Zusammenwirken schliesslich doch greifbare Erfolge erzielen und man kann sagen, dass das Jahr 1929 in dieser Beziehung zum erstenmal positive Ergebnisse gebracht hat. Der Gesamtexport stieg um mehr als 300 Mill. Zl. im Wert gegenüber dem Vorjahr, der Export nach Deutschland um 17,3 Mill. Zl.

Mit Recht ist Polen in diesem Jahre zum erstenmal nach Leipzig gegangen, um dort eine Sonderausstellung seiner Erzeugnisse zu veranstalten. Deutschland selbst und die auf der Leipziger Frühjahrsmesse alljährlich erscheinenden ausländischen Einkäufer müssen mit dem, was Polen zu bieten hat, erst bekannt gemacht werden, um als Abnehmer in Frage zu kommen. Wie die Tabelle zeigt, stehen im Export nach Deutschland die Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, auch der Viehzucht, weitaus an erster Stelle. Der Holzexport ist stark zurückgegangen, da die Konkurrenz anderer Länder vielfach die polnische Ware verdrängt. Für die Viehzuchtprodukte wird erst durch den Handelsvertrag ein breiterer Raum geschaffen. Auf dem Gebiet des Getreideexportes, der natürlich vom Ausfall der jeweiligen Ernte abhängig ist, wurde eine private Einigung mit den deutschen Roggenexporteuren unabhängig vom Handelsvertrag schon erzielt. Im übrigen können Geflügel, Eier, Käse, frische und getrocknete Pilze, Oelkörner und andere Samereien, Futtermittel wie Kleie, Oelkuchen, Federn, Daunen, Borsten, Tierhaare bei der grossen herrschenden Nachfrage auf mühelose Absatzerweiterung rechnen. Für gewisse Textilstoffe gilt dasselbe, so für Flachs, Jutegewebe, auch Woll- und Baumwollgarne, Kunstseide, deren Ausfuhr nach Deutschland gleichfalls noch entwicklungsfähig sein dürfte.

als diese Zölle dritten Staaten gegenüber Geltungskraft haben. Es werden also z. B. solange die Handelsverträge Polens mit der Tschechoslovakei, Frankreich und Oesterreich in Kraft sind, die in diesen Verträgen festgelegten Zollermässigungen ebenfalls gegenüber Deutschland angewandt werden. Sollte jedoch einer dieser Verträge gekündigt werden oder seine Geltungskraft verlieren, so entfallen die Zollermässigungen nicht nur gegenüber dem unmittelbaren Vertragskontrahenten, sondern auch gegenüber Deutschland. Es sind nämlich im Handelsvertrage besondere Konventionsermässigungen Deutschland nicht zuerkannt worden, so dass also deutsche Waren auf Grund der Meistbegünstigungsklausel nur diejenigen Zollermässigungen geniessen, die gegenüber anderen Ländern Anwendung finden.

Die übrigen Bestimmungen des Handelsvertrages glauben wir nicht noch einmal behandeln zu müssen, da wir bereits des öfteren Gelegenheit genommen haben in längeren Ausführungen darüber zu berichten.

Geldwesen und Börse

Warschauer Börsennotierungen.

Devisen.

15. III. London 43.37 — 43.48 — 43.26. New York 8.905 — 8.925 — 8.885. Prag 26.43 — 26.49 — 26.37. Schweiz 172.65 — 173.08 — 173.00.

17. III. Budapest 155.85 — 156.25 — 155.45. Belgien 124.30 — 124.61 — 123.99. Holland 357.70 — 358.60 — 356.80. London 43.36½ — 43.47 — 43.26. New York 8.906 — 8.926 — 8.886. Paris 34.90½ — 34.99 — 34.82. Prag 26.43 — 26.49 — 26.37. Schweiz 172.69 — 173.12 — 172.26. Wien 125.62 — 125.93 — 125.31. Italien 46.72 — 46.84 — 46.60.

18. III. London 43.36½ — 43.47 — 43.26. New York 8.906 — 8.926 — 8.886. Paris 34.89½ — 34.98 — 34.81. Prag 26.43 — 26.49 — 26.37. Schweiz 172.59 — 175.02 — 172.16. Wien 125.65 — 125.96 — 125.34. Italien 46.71 — 46.83 — 46.59.

19. III. Belgien 124.34 — 124.65 — 124.03. Holland 357.70 — 358.60 — 356.80. London 43.37 — 43.48 — 43.26. New York 8.907 — 8.927 — 8.887. Paris 34.90½ — 34.99 — 34.82. Prag 26.43 — 26.49 — 26.37. Schweiz 172.60 — 173.03 — 172.17. Wien 125.64 — 125.95 — 125.33. Italien 46.72 — 46.84 — 46.60.

20. III. Belgien 124.34 — 124.65 — 124.03. Holland 357.75 — 358.65 — 358.85. Kopenhagen 238.80 — 239.40 — 238.20. London 43.37½ — 43.48 — 43.27. New York 8.907 — 8.927 — 8.887. Paris 34.90 — 34.99 — 34.81. Prag 26.43 — 26.49½ — 26.37. Schweiz 172.63 — 173.06 — 172.20. Stockholm 259.65 — 240.25 — 239.05. Wien 125.70 — 126.01 — 125.39. Italien 46.72 — 46.84 — 46.60. Spanien 111.65 — 111.90 — 111.40.

Wertpapiere.

4-proz. Investitionsanleihe 126.00 — 126.50. 5-proz. prämiierte Dollaranleihe 75.50 — 75.00. 5-proz. Konversionsanleihe 54.00. 6-proz. Dollaranleihe 75.00. 8-proz. Pfandbriefe der Bank Gospodarstwa Krajowego 94.00. 8-proz. Pfandbriefe der Bank Rolny 94.00. 7-proz. Pfandbriefe der Bank Gospodarstwa Krajowego 83.25. 7-proz. Pfandbriefe der Bank Rolny 83.25. 7-proz. Obligationen der Bank Gospodarstwa Krajowego 83.25.

Devisen.

Bank Dyskontowy 125.00. Bank Polski 168.00 — 168.25. Bank Zwiazku Sp. Zarobkowych 78.50. Ostrowieckie 54.00. Starachowice 21.00. Haberbusch 107.00.

Bilanz der Bank Polski.

Die Bilanz der Bank Polski für die erste Märzdekade weist einen Zuwachs des Goldbestandes um 15 000 auf 701.110.000 Zl. auf. Deckungsfähige ausländische Geldsorten und Devisen zeigen eine Verringerung um 20.495.000 Zl. und sind gegenwärtig mit 339.986.000 000 Zl. ausgewiesen. Andere Geldsorten stiegen um 8.944 Mill. Zl. auf 109.334 Mill. Zl. Der Wechselbestand weist mit 663.497 Mill. Zl. eine Entlastung um 31.951 Mill. Zl. auf. Lombarkredite verringerten sich um 0.907 Mill. Zl. (69.362 Mill. Zl.). Die Summe der sonstigen Passiva stellt sich auf 120.801

Mill. Zl. Unter den Passiven weisen die sofort fälligen Verpflichtungen einen Rückgang um 4.674 Mill. Zl. (451.761 Mill. Zl.) auf. Der Banknotenumlauf verringerte sich um 37.636 Mill. Zl. auf 1244.123 Mill. Zl. Die Deckung des Banknotenumlaufes durch Gold beträgt 56.35 Proz.

Ermässigung des Prozentsatzes bei Privatban'en.

Der Beschluss des Aufsichtsrates der Bank Polski, der eine Ermässigung des Prozentsatzes von 8 auf 7½ anordnete, verblieb nicht ohne Einfluss auf den Geldmarkt. Verschiedene, grössere Banken beginnen nämlich bei der Erteilung von Anleihen an solche Kunden nur 11% zu berechnen, obwohl die Verordnung betreffend den Geldwucher die Berechnung von 12 Proz. gestattet. Auf diese Weise wollen die Privatbanken dem Beispiel der Emmissionsbank und der in Europa allgemein bestehenden Tendenz zur Ermässigung der Diskontsätze folgen. Natürlich werden die Banken die ermässigten Prozentnormen gegenüber schlechtem Wechselmaterial nicht anwenden können.

Scheckverkehr in der P. K. O. im Februar.

Der Scheckverkehr in der P. K. O. erreichte im Februar d. Js. die Summe von 1.825.000.000 Zl. Die Teilnehmerzahl des Scheckverkehrs stieg um 503 Teilnehmer und betrug am 28. Februar 63.746. Die Summe der Einlagen auf diesen Conten betrug am 28. II. — 178.865.123 Zl.

Zolleinnahmen in der ersten Märzdekade.

Die Zolleinnahmen des polnischen Staates, einschliesslich der freien Stadt Danzig, betrugen in der ersten Märzdekade 7.447.691 Zl.

Einnahmen aus Stempelgebühren im Februar.

Auf Grund der bisher durchgeführten Kassenumsatz-Aufstellungen wurden im Februar d. Js. an Stempelgebühren und anderen verwandten öffentlichen Abgaben 16.068.000 Zl. vereinnahmt, während im Budget nur eine Einnahme von 16.000.000 Zl. vorgesehen war.

Einfuhr/Ausfuhr/Verkehr

Handelsbilanz im Monat Februar.

Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Hauptamtes stellt sich die polnische Handelsbilanz (einschliesslich der freien Stadt Danzig), wie folgt dar: Eingeführt wurden in Februar 281.412 to. Waren im Werte von 181.669.000 Zł. Im Vergleich zum Januar verringerte sich die Einfuhr im Gewicht um 38.804 to. im Werte um 34.999.000 Zł. Ausgeführt wurden dagegen 1.574.338 to. Waren im Werte 218.092.000 Zł. Die Ausfuhr verringerte sich im Vergleich zum Januar im Gewicht um 158.423 to. und im Wert um 499.000 Zł.

Das Aktiv - Saldo beträgt somit im Februar 36.423.000 Zł.

Es verringerte sich die Einfuhr von Lebensmitteln (um 6.4 Mill. Zł.), Maschinen und Apparaten (um 4.1 Mill. Zł.), Rohmaterialien und Textilprodukten (um 14.6 Mill. Zł.). Es vergrösserte sich dagegen die Einfuhr von Kunstdüngemitteln (um 3.3 Mill. Zł.).

Es verringerte sich die Ausfuhr von Lebensmitteln (um 10.5 Mill. Zł.), Kohle (um 5.3 Mill. Zł.) und schliesslich Textilmaterialien (um 1.5 Mill. Zł.). Dagegen vergrösserte sich die Ausfuhr von Vieh (um 4.1 Mill. Zł.), Holz (um 2.7 Mill. Zł.), Kunstdüngemitteln (um 3.3 Mill. Zł.) und Hüttenerzeugnissen (um 4.4 Mill. Zł.).

Sowjet - russische Bestellungen in Polen.

Die Leitung der sowjet-russischen Handelsmission in Polen wandte sich an den Zuckerproduzentenverband mit dem Vorschlag, einen grösseren Zuckertransport für Russland in Polen anzukaufen. Die Verhandlungen werden durch Vermittlung der Bank Cukrownictwa geführt und sollen in der nächsten Woche beendet werden. Es handelt sich hierbei um eine Zuckermenge im Werte von 2.000.000 Dollars. Ausserdem will die russische Handelsmission eine grössere Gartensamenbestellung tätigen.

Deutsch - polnische Eisenverhandlungen in Paris.

Die Aufteilung des polnischen Walzeisenkontingents. Im Anschluss an die Verhandlungen über die Verlängerung der internationalen Rohstahlgemeinschaft finden zurzeit in Paris zwischen der Deutschen Rohstahlgemeinschaft und dem Polnischen Eisenhütten Syndikat Besprechungen über die technische Durchführung des deutsch - polnischen Eisen- und Schrottabkommens vom 21. Dezember 1928 statt. Es sollen Ausführungsbestimmungen über die Aufteilung des Polen zugebilligten Neueisenkontingents in Höhe von 0.5 pCt. des deutschen Inlandsabsatzes auf die einzelnen Walzwerkzeugnisse geschaffen werden. Das Kontingent dürfte voraussichtlich eine Einfuhr polnischer Walzwerkzeugnisse nach Deutschland in Höhe von jährlich 40.000 bis 50.000 To. und von 5.100 To. Edelfeinstahl (bisher 2.400 To.) ermöglichen. Deutscherseits ist die Ausfuhr von Neueisen nach Polen nur für Walzwerkzeugnisse, die in Polen nicht hergestellt werden, zulässig. Deutschland ist ferner verpflichtet, jährlich 165.000 To. Schrott an die polnischen Eisenhütten zu liefern. Die bisherige Verzögerung der Verhandlungen war darauf zurückzuführen, dass sich die polnischen Hütten über die Unterverteilung des Neueisenkontingents nicht verständigen konnten. Das Abkommen sieht auch den gegenseitigen Territorialschutz vor und dürfte nach seinem Inkrafttreten den Beitritt Polens zum internationalen Rohstahlkartell erleichtern.

Deutsches Konsulat in Gdynia.

Auf Grund von Bemühungen deutscher Schiffahrtsgesellschaften, die eine Konzession zur Eröffnung einer Filiale in Gdynia erhielten, wird dem Vernehmen nach durch das Berliner Auswärtige Amt die sofortige Errichtung eines deutschen Konsulats in Gdynia erwogen. Bisher unterstand Gdynia dem deutschen Konsulat in Toruń.

Polnisch-Portugiesische Handelskammer.

In Lissabon wurde eine polnisch-portugiesische Handelskammer ins Leben berufen. Eine der ersten Tätigkeiten dieser Handelskammer wird die Organisation einer Ausstellung polnischer Produkte in Lissabon und später in Porto sein. Gleichzeitig wird eine Ausstellung portugiesischer Produkte in Warszawa organisiert. Die Adresse dieser Handelskammer lautet: Camera de Commercio Polaca en Portugal Lisbonne, Placa de Munisipio 19,30.

Inld.Märkte u. Industrien

Ungünstige Lage der oberschlesischen Kohlenindustrie.

Die Situation der oberschlesischen Kohlenindustrie ist auch weiterhin sehr fatal. Wie gemeldet wird, planen eine ganze Reihe oberschlesischer Gruben in der nächsten Zeit weitere Reduktionen durchzuführen. Ursache sind die äusserst ungünstigen Absatzbedingungen im In- und Ausland. Wie bekannt, ermässigte sich der inländische Absatz im Vergleich zum Januar um 17 Proz., und der Export um 22 Proz. Die Halden-Kohlenvorräte betragen 1.500.000 to.

Ungünstige Lage in der Lokomotivindustrie.

Die polnische Lokomotivindustrie befindet sich in einer Krise, die darauf zurückzuführen ist, dass ihre Produktionsfähigkeit von der polnischen Eisenbahn nicht genügend ausgenutzt wird. Auf der Suche nach ausländischen Absatzmärkten hat die junge polnische Lokomotivindustrie mit der starken Konkurrenz der west-europäischen Lokomotivindustrie zu kämpfen. Rumänien ist der einzige Markt, der infolge Mangels eigener Lokomotiven und mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Polen als Abnehmer für die polnische Lokomotivindustrie in Frage käme. Die Lokomotivlieferung für Rumänien wurde indes im Herbst des vergangenen Jahres Deutschland zugewie-

Für eine Besserung des Gerichtsverfahrens

Wir hatten bereits des öfteren Gelegenheit genommen, auf das schleppende Verfahren vor dem Obersten Verwaltungsgericht, zu dem von der Einreichung der Klage bis zur Fällung des Urteils 2 bis 3 Jahre nötig sind, hinzuweisen. Diese Angelegenheit war auch Gegenstand einer äusserst lebhaften Debatte bei der Behandlung des Budgets des Justizministeriums. Auf Grund einer Statistik wurde ein gewaltiger Zuwachs der Angelegenheiten und Agenden nachgewiesen, und trotz dieses Zuwachses im Verhältnis zu den vorhergehenden Jahren wurde der Richteretat nicht vergrössert, sodass keine Gleichheit zwischen Zuwachs der Agenden und Richterzahl besteht.

Die selben Mängel sind schliesslich beim gewöhnlichen Gerichtsvorgang, Amts-, Bezirks- und Appellationsgerichten, zu bemerken. Wenn unter normalen Verhältnissen der schleppende Gerichtsvorgang sich ungünstig auswirkt, so verursacht er in der gegenwärtigen Krisis nicht erwünschte und geradezu gefährliche Folgen. Der notorische Geldmangel verursacht, dass alle Umsätze grundsätzlich nicht in bar sondern auf Kredit und zwar wenn nicht auf offenen so auf Grund von Wechselkredit getätigt werden. Während der gegenwärtigen, sich dauernd verschärfenden Wirtschaftskrisis müssen sich die Gerichtsagenden im nicht proportionellen Verhältnis zu den Agenden unter normalen Bedingungen vergrössern. Es werden immer mehr Klagen über den langsamen Gerichtsvorgang und zwar den gewöhnlichen, wie auch Zahlungsbefehl-, Mandat-, Wechsel-, Exekutions- und Konkursvorgang laut. Zwischen Klageeinreichung und Anberaumung der Verhandlung verlaufen ganze Monate. Und dasselbe betrifft auch die weiteren Verhandlungen und die Urteilsfällung. Nicht weniger schleppend ist der Exekutionsvorgang, und es mehren sich die Fälle, auf Grund deren eben infolge des schleppenden Exekutionsvorganges dieser gegenstandslos wird; denn in der Zwischenzeit haben die Geklagten genügend Zeit, um die Durchführung der Exekution durch Beseitigung der Waren, deren Verkauf, bzw. Verheimlichung der Vermögensgegenstände, Aenderung der Firma oder schliesslich durch deren Liquidation unmöglich zu machen. Der beschleunigte Zahlungsbefehl-, Mandat- und Wechselvorgang verlor seinen eigentlichen Zweck und Charakter, denn in diesem Vorgang treten die selben Mängel, wie im gewöhnlichen Vorgang auf. Es wurde nämlich festgestellt, dass zwischen der Einreichung des Zahlungsbefehls und der Benachrichtigung von dessen Zustellung 1 Monat abläuft ein Zustand der schon unter normalen Verhältnissen bestand u. innerhalb einiger Tage erfolgen müsste. Genau so schleppend ist der Vorgang bei Exekutionen, denn die Realisierung des Urteils nach langer Zeit wird häufig illusorisch. Die Wirtschaftskreise sind auf diese Weise doppelten Verlusten ausgesetzt. Einerseits verlieren sie ihre Guthaben, andererseits müssen sie noch die bedeutenden Prozess-, Anwalts- und Gerichtskosten tragen. Ein derart schleppender Vorgang zwingt die Handelskreise zur Resignation gegenüber dem Gerichtsvorgang, was einen ausserordentlich ungünstigen Einfluss auf das ganze Wirtschaftsleben ausübt. Wie wir nämlich bemerkten, können angesichts der gewaltigen Geldknappheit alle Transaktionen nur auf Kredit durchgeführt werden, und im Moment, da der Gläubiger die traurige Erfahrung macht, dass er einen schnellen Gerichtsvorgang nicht zu erwarten hat, muss er gleichfalls auf die Kredittransaktion verzichten, was naturgemäss einen weiteren Stillstand verursacht. Wir sehen also, was für ein wichtiges Postulat die Besserung des Gerichtsvorganges ist, denn die Erhaltung des gegenwärtig bestehenden Zustandes kompliziert die unerwünschte Wirtschaftskrise noch mehr.

Man müsste feststellen, welcher Ursache der gegenwärtige Zustand zuzuschreiben ist, und was für Mittel anzuwenden wären, um eine möglichst schnelle Beseitigung dieser Mängel zu erzielen.

Wie wir schon bemerkt haben, stieg vor allem die Zahl der Angelegenheiten und der Gerichtsagenden. Die Ursache dafür ist der Umstand, dass während vor dem Kriege alle Transaktionen hauptsächlich in bar getätigt wurden, diese gegenwärtig auf Kredit erfolgen. Charakteristisch ist die unten angeführte Statistik, die beweist, in welchem unproportionalen Verhältnis die Zahl der Angelegenheiten in den einzelnen Gerichtsabteilungen im Jahre 1913 gegenüber der Zahl im Jahre 1929 steht.

Das Bezirksgericht in Katowice erledigte

im Jahre 1913	13.890 Angelegenheiten
im " 1926	12.217 "
im " 1927	14.000 "
im " 1928	21.180 "
im " 1929	35.101 "

Wenn wir nun den Stand der Angelegenheiten aus dem Jahre 1913 — 13.890 mit der Zahl der Zahl der Angelegenheiten im Jahre 1929 — 35.101 vergleichen, so werden wir feststellen, dass deren Zahl vor dem Bezirksgericht Katowice um 70% stieg.

Wie verhält sich nun der Stand in der Wechselabteilung?

im Jahre 1913	1.325 Angelegenheiten
im " 1926	911 "
im " 1927	703 "
im " 1928	1.525 "
im " 1929	3.005 "

In dieser Abteilung stieg die Zahl der Angelegenheiten um mehr als 100%.

Ähnlich stellt sich auch die Lage im gewöhnlichen Prozessvorgang:

sen, obwohl die polnischen Offerten hinsichtlich des Preises, wie auch der Kreditbedingungen den deutschen Offerten gleichstanden.

Aus der Farben- und Chemikalienbranche.

Die Umsätze in dieser Branche sind ganz gering. Eine Vergrösserung der Umsätze wird in einigen Wochen mit dem Beginn der Bausaison erwartet. Die Zahlungsfähigkeit der Abnehmer hat sich ganz bedeu-

im Jahre 1913 9.975 Angelegenheiten

im " 1926	6.350 "
im " 1927	5.540 "
im " 1928	6.545 "
im " 1929	11.289 "

Die Zahl der Angelegenheiten stieg somit in dieser Abteilung um 42%.

Ganz ähnlich verhält sich der Zustand der sogenannten Registerangelegenheiten, die Handels-, Vereins- und Genossenschaftseintragen betreffen:

im Jahre 1913 1.166 Angelegenheiten

im " 1926	2.925 "
im " 1927	2.980 "
im " 1928	3.272 "
im " 1929	2.749 "

In dieser Abteilung stieg somit die Zahl der Angelegenheiten um über 100%.

Die Leistungsfähigkeit des Gerichtswesens würde darunter nicht leiden, wenn im Verhältnis zum Zuwachs der Angelegenheiten auch die Zahl, bzw. der Etat der Richter, Sekretäre, und Schreibkräfte steigen würde.

Wie bekannt, ist die Richterbesetzung genau dieselbe, wie im Jahre 1913, und darin steckt eben die Ursache des schleppenden Vorgangs, denn angesichts der steigenden Zahl der zu erledigenden Angelegenheiten ist der Richterstand sehr überlastet und nicht in der Lage das gewaltige Material zu bewältigen. Damit ist auch die verspätete Zustellung der Urteile und der Exekutionsvorgang zu erklären. Darunter leidet gleichfalls naturgemäss das Gerechtigkeitsausmass, denn die Richter sind unter derartigen Bedingungen gewiss nicht in der Lage, sich mit der nötigen Sorgfalt ihrer verantwortungsvollen Arbeit zu widmen. Den Richtern sind entsprechende Arbeitsbedingungen zu schaffen, wozu sich der gegenwärtige Zustand absolut nicht eignet.

Man kann bei dieser Gelegenheit den Umstand nicht übersehen, dass auch die materiellen Bedingungen des Richterstandes zu dieser schweren und verantwortungsvollen Arbeit nicht anspornen, da die Besoldung in keinem Verhältnis zu der zu leistenden Arbeit steht. Diese Verhältnisse haben zur Folge, dass die Richter ihren Beruf aufgeben und in die Reihe der Rechtsanwältinnen eintreten, wo sie grössere Verdienstmöglichkeiten und kleinere Verantwortung zu erlangen hoffen. Es ist nun daraus zu ersehen, zu welchem Resultat die Nichtanwendung entsprechender Vorbeugungsmittel führt, und je länger dieser Zustand anhält, desto mehr komplizieren sich die Verhältnisse, sodass die Rückkehr zu normalen Bedingungen immer schwieriger wird.

Es verschlimmerten sich gleichfalls die Verhältnisse hinsichtlich der Hilfs- wie auch Schreibkräfte. Die Leistungsfähigkeit des Gerichtswesens ist nicht nur von den Richtern, sondern auch von deren Organen, also den Ausführungsbeamten, bzw. Schreibkräften abhängig. In dieser Richtung hat sich trotz Zuwachses der Agenden der Zustand verschlechtert. Zum Vergleich kann gleichfalls der Stand vom Jahre 1913 mit dem gegenwärtigen Stand dienen. Im Jahre 1913 waren die Gerichtsbeamten, bzw. Schreiber keine Etatbeamten und deren Besoldung von der Menge der ausgeführten Arbeiten, bzw. geschriebenen Seiten abhängig. Im Bedarfsfalle und bei Vergrösserung der Agenden arbeiteten jene mit Ueberstunden, für welche sie besonders entschädigt wurden. Gegenwärtig wiederum haben wir nur Etatbeamte, deren Zahl genau dieselbe ist, wie im Jahre 1913, und es ist natürlich klar, dass diese Beamten infolge des gewaltigen Zuwachses der Angelegenheiten nicht in der Lage sind, das ganze Material zu bewältigen.

Aus diesem Sachverhalt ist zu ersehen, dass zwecks Vorbeugung einer weiteren Verschlechterung der Lage eine Aenderung in capite et membris notwendig ist wenn sich der Grundsatz *justitia est fundamentum regnorum* erhalten soll.

Der Mangel einer reibungslosen Abwicklung im Gerichtswesen schafft eine Unsicherheit im Wirtschaftsleben, wirkt sich gleichfalls ungünstig im Verhältnis zum Ausland aus, und bei Erteilung von Kredit, der uns leider so notwendig ist, informiert sich das Ausland in erster Linie über die Leistungsfähigkeit unseres Gerichtswesens.

Wir möchten diese Angelegenheit mit der Notwendigkeit der Unifizierung der Gesetzgebung nicht verquicken, jedoch stehen diese Fragen im engen Zusammenhang. Eines der wichtigsten Postulate der Gesetzgebung ist in erster Reihe der Kodex des Zivilvorganges und der Handelskodex. Der erste würde das wichtige Gebiet des Zivilprozesses regeln und unifizieren zugleich die gegenwärtig bestehenden, verschiedenartigen durch neue lebensfähigere Vorschriften ersetzen und zugleich das Vorgangstempo beschleunigen.

Nicht weniger wichtig ist ein einheitlicher Handelskodex. An Stelle der gegenwärtig bestehenden Handelskodices, die in bedeutendem Masse veraltete Grundsätze umfassen, würde der einheitliche Handelskodex neue Grundsätze einführen. Wir sind uns dessen klar, dass die Arbeit der Kodifizierungskommission äusserst schwierig — denn die Bearbeitung der gegenwärtig bestehenden Gesetzbücher dauerte in den ehemaligen Teilsgebieten ganze Jahre, und dass eine Ueberholung mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstands nicht angebracht ist, nicht weniger, jedoch fordert das Leben zwangsläufig eine möglichst schnelle Bearbeitung dieser Gesetzbücher.

Dr. L. Lampej.

tend verschlechtert, und die Zahl der protestierten Wechsel ist dauernd im Steigen begriffen. Bei diesen Bedingungen enthalten sich die Fabriken jeglicher Transaktionen, da sie kein Vertrauen zu den Abnehmern haben. Kredite werden nur mit äusserster Vorsicht erteilt. Unter dem Einfluss des geringen Bedarfs sieht auch die Preise gesunken und zwar bei Erd- und chemischen Farben um 15%, bei Metall- und Bleifarben um 5%. Im Farbenhandel werden hauptsächlich in-

ländische Produkte verkauft, die den inländischen Bedarf auch ausreichend decken. Importiert werden nur bessere Gattungen von Kunstfarben. Pinsel werden aus dem Ausland, Deutschland und Frankreich, eingeführt, weil die inländische Pinselindustrie noch nicht genügend auf die Höhe ihrer Aufgabe steht. Der Einfuhrzoll auf Pinsel ist verhältnismässig gering.

Stillstand in den Nagel- und Drahtfabriken.

In der Nagel- und Drahtindustrie hat sich in letzter Zeit ein vollkommener Stillstand bemerkbar gemacht, sodass die Umsätze auf ein Minimum sanken. Bestellungen aus der Provinz laufen nur sehr spärlich ein, obgleich die Engros Händler sich um diese Zeit mit Rücksicht auf die kommende Bausaison mit dieser Ware versehen müssten. Einem gewaltigen Rückgang erfuhr gleichfalls der Export. Die Fabriken exportieren nur ganz geringe Mengen nach den nächsten Staaten, da ein Export nach weiteren Staaten sich angesichts der niedrigen Preise gar nicht lohnen würde.

Gründung einer Trockenfarben-Fabrik in Trzebinia.

In der nächsten Zeit, wahrscheinlich schon Ende d. Mts., soll eine Trockenfarben-Fabrik in Trzebinia eröffnet werden. Diese Fabrik wird unter der Firma „Polska Fabryka Farb Chemicznych i Mineralnych Hermann Wilhelm Sp. z ogr. odp.“ bestehen. Das Produktionsprogramm der Fabrik umfasst die Herstellung trockener Erd- und Mineralfarben für die Papier-, Tapeten-, Gummi- und Bauindustrie, sowie Lieferung von trockenem Rohmaterial für Kunstfarben- und Lackfabriken. Die Fabrik stützt sich auf ausländisches Kapital und beginnt ihre Produktion auf Grund von Originalrezepten des Stammhauses Hermann Wilhelm in Leipzig, das schon seit 1860 besteht.

Gründung eines Syndikates zur Elektrifizierung Polens.

In Paris wurde in den letzten Tagen ein Syndikat zur Elektrifizierung Polens unter dem Namen „Syndikat dla elektryfikacji w Polsce“ gegründet. Das Syndikat setzt sich aus nachstehenden Gesellschaften zusammen: „Union des Menis“ in Paris, „Compagnie Generale d'Electricite Banque de l'Union Parisienne Blair Corp“ aus New-York und einer ganzen Reihe polnischer Firmen mit der „Skarboferne“ an der Spitze. Der Direktor der Skarboferne Hlaski wurde zum Generalbevollmächtigten für Polen ernannt. Das Syndikat hat bereits dem Ministerium für öffentliche Arbeiten das Elektrifikationsprojekt Kleinpolens vorgelegt. Die Elektrifizierung Kleinpolens stützt sich auf die Ausnützung der vorhandenen Wasserkräfte und die im Naphthagebiet bestehenden Energiequellen.

Bedeutende, ausländische Kredite für die lodzer Textilindustrie.

Zwei grosse lodzer Textilfabriken führen seit einiger Zeit Verhandlungen mit ausländischen Banken bezüglich Krediterteilung. Eine dieser Firmen verhandelt mit der Banca Commerciale in Mailand um einen Kredit von 2 bis 3 Mill. Dollar. Die Verhandlungen befinden sich in sehr gutem Stadium, und es besteht die Hoffnung, dass sie günstig abgeschlossen werden. Die zweite Firma bemüht sich bei derselben Bank, jedoch um einen geringeren Kredit. Es sollen sich auch angeblich englische Banken bereit erklärt haben, einen Kredit in Höhe von 100.000 Pfund Sterling zu erteilen.

Weitere Ermässigung der Stickstoffpreise in Chorzów.

Im Zusammenhang mit der Ermässigung des Diskontsatzes durch die Bank Polski hat die Chorzower Stickstofffabrik die Kreditpreise für Stickstoff um 1 Groschen pro kg. ermässigt. Die Bargeldpreise bleiben unverändert.

Die Situation im Porzellan- und Kristallwarenhandel.

Porzellan- und Kristallwaren gehören nicht zu den unerlässlichsten Artikeln des täglichen Bedarfs, sodass die allgemeine Wirtschaftsdepression sich auch in die-

ser Branche äusserst stark bemerkbar macht. Die Rolle des Detaillisten ist bei dieser Krisis gerade nicht die beste. Jedoch befindet sich auch der Engros-Kaufmann in keiner besseren Lage, denn während der Detaillist, der nur einzelne Stücke ausstellt, sich auf den Kauf der nötigsten Waren beschränkt, muss der Engros-Händler unabhängig von der Nachfrage mit grösseren Vorräten versehen sein.

Zahlungseinstellungen werden in dieser Branche nicht sehr häufig notiert. Am gefährlichsten für diesen Handel ist der Mangel an Verständnis für diese Angelegenheiten bei den massgebenden Faktoren insbesondere den Bankkreisen. Unter den herrschenden Bedingungen kann der Handel ohne gehörige Unterstützung von Seiten der Banken keine Exportexpansionen durchführen, obgleich alle zur Erwerbung neuer ausländischer Märkte nötigen Bedingungen vorhanden sind. Es muss mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, diese Ursachen der Krisis zu beseitigen.

Steuern / Zölle / Verkehrs-Tarife

Unwahrscheinlich und doch war.

Wie gemeldet wird, erhielten die Finanzämter vom Finanzministerium die Disposition, die Umsatzsteuer vom Viehexport von 1/2 auf 2 Proz. für das ganze Jahr 1929 rückwirkend zu erhöhen. Alle Kaufleute, die gemäss den seit langem bestehenden Vorschriften die Umsatzsteuer in Höhe von 1/2 Proz. entrichtet haben, stehen gegenwärtig neuen Steuerlasten gegenüber, die einen gänzlichen Ruin der Werkstätten und vollkommene Hemmung des Exportes bedeuten würden. In dieser Angelegenheit wurde bereits eine energische Intervention bei den massgebenden Faktoren unternommen. Unter der Kaufmannschaft herrscht grosse Erregung.

Gesetze / Rechtsprechung

Ueberführung der Muster- und Modellbücher der Burgerichte an das Patentamt.

Auf Grund der im Dz. U. R. P. Nr. 15 vom 6. III. 30 erschienenen Verordnung, werden die bisher auf Grund des § 7 des deutschen Gesetzes vom 11. Januar 1867 bei den Burgerichten im Bezirk der Appellationsgerichte Poznań, Toruń und Katowice geführten Bücher über Muster und Modelle, sowie die auf die Eintragungen in diesen Registern bezugnehmenden Muster und Modelle sowohl verstempelt, wie nicht verstempelt, dem Patentamt der Republik Polen in Warszawa zugeführt. Das Patentamt erledigt sämtliche Angelegenheiten, die mit den in diesen Büchern vorgenommenen Eintragungen im Zusammenhang stehen.

Handelsgerichtliche Eintragungen

Sąd Grodzki Katowice.

H. B. 878. „Ślajak“ Przedsiębiorstwo Osadnicze Sp. z ogr. odp. Katowice. Durch Beschluss der Gesellschaftsversammlung vom 17. April 1929 wurde das Gründungskapital von 4.070.000 Zł. auf 7.405.000 Zł. erhöht und zugleich § 4 des Gesellschaftsstatuts geändert. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 17. April 1929 und 18. Oktober 1929 wurden gleichfalls die §§ 6, 7 und 8 geändert. Die Gesellschaft wird wenigstens durch 2 Leiter, bzw. 1 Leiter und einen Vertreter oder 1 Leiter gemeinschaftlich mit dem Prokuristen vertreten. Datum der Eintragung: 10. Februar 1930.

H. A. 2536. Józef Karch i Ska, Chemiczno-Farmaceutyczne Preparaty i Artyku-

ly Higieniczne Katowice. Der Firmenname wurde wie folgt geändert: Józef Karch, Chemiczno-Farmaceutyczne Preparaty i Artykuły Higieniczne mit dem Sitz in Katowice. Die Gesellschafter Konrad Haase und Augustyn Pollok sind aus der Gesellschaft ausgetreten, sodass diese aufgelöst wurde. Der bisherige Gesellschafter Józef Karch ist ausschliesslicher Inhaber der Firma geworden. Datum der Eintragung: 3. Februar 1930.

H. A. 323. W. Czaplicki Katowice. Inhaber Jan Stanisław Czaplicki, Kaufmann aus Katowice. Dieser führt die Firma unter dem Namen: W. Czaplicki Nast. Datum der Eintragung: 10. Februar 1930.

H. B. 274. „Zelazohurt“ Organizacja sprzedaży i wyrobów zjednoczonych hut Królewskich i Laury Sp. z ogr. odp. Katowice. Der Leiter Bolesław Grodzicki aus Katowice wurde abberufen. Datum der Eintragung: 17. Februar 1930.

Sąd Grodzki Królewska Huta.

H. B. 15. Sedlaczek Sp. z ogr. odp. Tarnowskie Góry, Filiale in Królewska Huta. Das Gründungskapital wurde auf Grund der Verordnung des Präsidenten vom 22. März 1928, betreffend die Umrechnung der Bilanzen, erhöht. Datum der Eintragung: 7. März 1930.

Ausschreibungen

Der Magistrat der Stadt Katowice veröffentlicht eine Ausschreibung auf

Ausführung von Strassenbauarbeiten, die für das Budget 1930-31 projektiert sind. Nähere Informationen siehe Aushängetafeln im Magistratsgebäude, ul. Pocztowa 2.

Das Gemeindeamt Siemianowice veröffentlicht eine Ausschreibung auf Lieferung von

ca. 50 Waggons besten Zements (die offerierte Marke ist anzugeben),

ca. 10 Waggons nicht gelöschten Kalkes,

ca. 80 Waggons Flussskies (mit einer Nussgrösse von 2-22 mm),

ca. 20 Waggons durchsiebten reinen Flussandes.

Offerten loco Wagon Bahnhof Siemianowice sind bis zum 27. März d. Js. dem Gemeindeamt Siemianowice einzusenden.

Der Kreisausschuss Świętochłowice veröffentlicht eine Ausschreibung auf

Ausführung von Strassenbauarbeiten.

Diese umfassen 40.000 m². Alle näheren Informationen sind im Wydział Powiatowy Świętochłowice einzuholen. Offerten bis zum 1. April 1930 einzureichen.

Das Schlesische Wojewodschaftsamt veröffentlicht eine Ausschreibung auf

Einrichtung einer elektrischen Installation

in der Taubstummenanstalt in Lubliniec. Nähere Informationen siehe Aushängetafel im Wydział Robót Publicznych (Wojewodschaftsgebäude). Der Termin zur Einreichung von Offerten läuft mit dem 4. April 1930 ab.

Weltwirtschaft

Wer steht hinter dem Benzinmonopol?

Die in der grossen Tagespresse erschienenen Meldungen über ein Benzinmonopol in Deutschland lenken die Aufmerksamkeit auf das kürzlich im Orell Füssli Verlag, Zürich und Leipzig, erschienene Buch von Ludwig Denny „Ölquellen-Kriegsquellen“, in dem die Entstehungsgeschichte der amerikanischen Standard Oil und der englisch-holländischen Royal Dutch Shell sowie deren ungeheure Machtbereiche und der unermessliche politische Einfluss ihrer Führer Sir Henry Deterding und John Rockefeller aus genauester Kenntnis heraus dargelegt werden.

Deutsche Theatergemeinde für Polnisch-Schlesien

Katowice		Król. Huta
Mittwoch, den 26. III. abends 8 Uhr (Reichshalle)	Iegernseer Bauernbühne „Der letzte Kniff“ Dörckomödie mit Tanz u. Schuhplattler von Hans Renz	
Donnerstag, den 27. III. abends 8 Uhr		Eröffnungsvorstellung „Robert und Bertram“ Posse m. Gesang v. Robert Rieder
Freitag, den 28. III. abends 1/2 8 Uhr	Eröffnungsvorstellung „Schwanda der Dudelsackpfeifer“ Grosse Volksober v. I. Weinberger	
Montag, den 31. III. abends 8 Uhr		„Weekend im Paradies“ Schwank v. Arnold u. Bach
Dienstag, den 1. IV. abends 8 Uhr		Iegernseer Bauernbühne „Der letzte Kniff“ Dörckomödie v. Hans Renz
Donnerstag, d. 3. IV. abends 8 Uhr	„Das Land des Lächelns“ Operette v. Franz Lehár	
Montag den 7. IV. nachm. 3 Uhr	Kindervorstellung „Max und Moritz“	
abends 8 Uhr	„Katharina Knie“ Selbstnisterstück v. Carl Zuckmayer	

CONCORDIA-IMPORT-EKSPORT

Spółka Akcyjna

KATOWICE, ULICA SOKOLSKA 4, TELEFON 205. 565, 2075

Leim- und Oelfarben, Lithopone, Zinkweiss, Bleiweiss, — Leinölfirnis, — Pflanzenleim.

Verkäufe nur engros! Verlangen Sie bitte Offerte unter Angabe der Mengen.

Teigwarenfabrik

im vollen Betriebe

komplett eingerichtet, im oberschlesischen Industriegebiet und Zagłębie Dąbrowskie gut eingeführt,

preiswert zu verkaufen.

Tagesleistung ca. 800 kg. Eingearbeitetes Personal und Stammkundschaft vorhanden — eventl. auch Wohnung.

Reflektanten (Cassa Käufer) erhalten Auskunft unter Z. 500 bei der Exped. d. Ztg.

L. ALTMANN

Eisenwarengrosshandlung

Telefon 24, 25, 26 **Katowice, Rynek 11.** Gezründet 1865
Walzeisen, Bleche, Eisenkurwaren, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen
Schweissapparate, Öfen, Rodelschlitten — Schlittschuhe — Haus
und Küchengeräte Karosserie Beschläge